



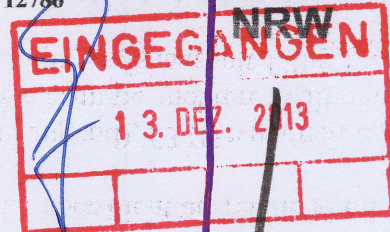
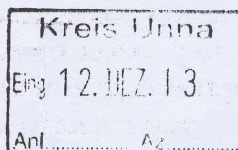
Freie, unabhängige und überparteiliche Wählergemeinschaften

FW - Gruppe: Helmut Stalz, Dieter Albert; Flözweg 22 – 59174 Kamen – Tel. 02307 - 12786

FREIE WÄHLER

NRW

Kreisverwaltung Unna
Herrn Landrat Michael Makiolla
Friedrich-Ebert-Str. 17
59425 Unna



Unna, 11.12.2013

Antrag zum geplanten Punkt 6 „Haushalt 2014“ der Kreistagssitzung am 17.12.13

Kostenermittlung und Kostenerstattung für die Umsetzung landesgesetzlicher Regelungen, die nicht ausreichend entsprechend dem Konnexitätsprinzip mit Landesmitteln finanziert sind und den Kreishaushalt entgegen landesverfassungsrechtlicher Vorgaben zusätzlich belasten

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

die FREIE WÄHLER-Gruppe im Kreistag des Kreises Unna bittet darum, nachfolgenden Antrag zum o.a. Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 17.12.2013 zu nehmen und einer Beschlussfassung zuzuführen.

Beschlussfassung:

Der Landrat wird beauftragt, eine detaillierte Aufstellung über die finanziellen Auswirkungen landesgesetzlicher Regelungen auf den Kreishaushalt anzufertigen, die entsprechend dem in der Landesverfassung NRW verankertem Konnexitätsprinzip nicht ausreichend mit Landesmitteln finanziert werden.

Danach erhält der Landrat den Auftrag, Gespräche mit der Landesregierung zu führen, um die zu viel bezahlten Kosten erstattet zu bekommen.

Falls es dabei zu keinen zielführenden Lösungen kommt, sind in Abstimmung mit anderen betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten auch juristische Schritte in Form einer Sammelklage beim Landesverfassungsgericht in Betracht zu ziehen und diese bei Erfolgsaussicht auch einzuleiten.

Begründung:

Seit Jahren wird durch gesetzliche Regelungen vom Bund, Land und mittlerweile auch von der EU der Kreis zu Aufgaben verpflichtet, die umgesetzt werden müssen, die aber nicht ausreichend oder stellenweise überhaupt nicht vom Auftraggeber finanziert sind.

Allein in den Fachbereichen 50 (Arbeit und Soziales), 51 (Familie und Jugend), 53 (Gesundheit und Verbraucherschutz) sowie 69 (Natur und Umwelt) macht dies in der Summe mehrere Millionen Euro pro Jahr aus, die nur auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften im Kreishaushalt fällig werden.

Hier sollten die Kommunalpolitiker nicht mehr tatenlos zusehen, sondern den Kreishaushalt massiv entlasten, wenn dies irgendwie möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Stalz (Sprecher der FW-Gruppe)